

# Das System Fiala

Christian Fiala ist ein umtriebiger Mann. Der Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe betreibt nicht nur eine Abtreibungsklinik in Wien, sondern pendelt regelmäßig nach Salzburg, weil die dortige Regierungschefin Gabi Burgstaller (SPÖ) keinen einheimischen Arzt fand, der zum Abtreibungsgeschäft bereit gewesen wäre. Außerdem ist er Vorsitzender der »Internationalen Vereinigung von Fachkräften und Verbänden zu Schwangerschaftsabbruch und Kontrazeption« (FIAPAC) und Gründer eines Museums, das Tür an Tür mit seiner Abtreibungsklinik »Gynmed« logiert.

Von Stephan Baier

Den pädagogischen Wert des »Museums für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch«, das laut Fiala von seiner Abtreibungs-Klinik »organisatorisch völlig losgelöst« ist, offenbart die Homepage: Da ist von Versuchen die Rede, »Frauen mit einer ungewollten Schwangerschaft aufgrund religiöser oder ideologischer Vorwände zu bevormunden und sie entweder zu einer Abtreibung zu überreden oder ihnen den Abbruch zu verbieten, bzw. nur für sehr viel Geld zu ermöglichen«. Zu den Geldgebern des Museums gehören laut Eigendarstellung die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die »International Planned Parenthood Federation«, die deutsche Gesellschaft für Sexualberatung »Pro Familia«, die Robert-Bosch-Stiftung, aber auch diverse Pharmafirmen.

Stolz berichtete das Museum seinen Spendern Ende 2007, dass es »per 16. November 2007 vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur in die Liste der Institutionen aufgenommen« wurde, »an die Spenden steuerlich absetzbar sind«. Dem widerspricht jedoch nun das österreichische Finanzministerium auf Anfrage des Wiener »Instituts für medizinische Anthropologie und Bioethik« (IMABE): Nach eingehender Prüfung sei das Finanzministerium in diesem konkreten Fall zu dem Schluss gekommen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Abzugsfähigkeit trotz Bescheinigung durch das Kulturministerium nicht vorliegen. Fiala vermutet hinter der Entscheidung des Finanzministeriums den Einfluss der katholischen Kirche und schimpft über »Zensur und Geschichtsfälschung in einem säkularen Staat«.

Sicher besteht ein natürlicher Interessensgegensatz zwischen dem Kulturmi-

nisterium, das an der Förderung von Museen interessiert ist, und dem Finanzministerium, das möglichst wenige Steuerabsetzmöglichkeiten eröffnen will. Nicht uninteressant ist aber auch die Tatsache, dass Unterrichtsministerin Claudia Schmied der SPÖ angehört, während Finanzminister und Vizekanzler Wilhelm Molterer zugleich Vorsitzender der ÖVP ist. Mitte Januar ließ ein Mitarbeiter des



Abtreibungsarzt Christian Fiala mit Gabi Burgstaller (SPÖ)

Finanzministers einen durch die Berichterstattung der »Tagespost« alarmierten Bürger wissen: »Offensichtlich hat nun diese Institution seitens des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur mit 16. November eine derartige Bescheinigung erhalten. Auf Grund welcher Basis von der Frau Bundesministerin nun dem Museum für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch die Spendenabzugsfähigkeit bescheinigt wurde, ist für das Bundesministerium für Finanzen weder auf Basis des Einkommensteuergesetzes nachvollziehbar, noch konnte darauf in irgendeiner Form Einfluss genommen werden. Ein solcher Schritt ist unverständlich.« Das Finanzministerium behalte sich vor, »die Abzugsfähigkeit von Spenden an diese Institution nicht anzuerkennen«.

Nicht ungefährlich ist jedoch die Begründung des Ministeriums: Spenden an Museen seien nur dann steuerlich abzugsfähig, wenn diese »Sammlungsgegenstände zur Schau stellen, die in geschichtlicher, künstlerischer oder sonstiger kultureller Hinsicht von gesamtösterreichischer Bedeutung sind«. Bei einer aus zwei Räumen bestehenden, unmittelbar an Fialas kommerzielle Abtreibungsklinik angrenzenden Ausstellung kann davon kaum die Rede sein. Diese Argumentation könnte Fiala zum Ausbau seines »Museums« inspirieren.

Offensiv wurde der umstrittene Abtreibungsarzt auch in anderer Hinsicht. Zur Abwehr von Lebensschützern von »Human Life International« (HLI), die in der Nähe von österreichischen Abtreibungskliniken und -ambulanzen beten und Frauen ansprechen, engagierte er so genannte Schauspieler. Zu welchen (Fehl-)Leistungen diese »Künstler« fähig sind, zeigt das Internetmedium »Gloria.TV« in Videomitschnitten. HLI-Chef Fischer bestätigte, dass es »sehr oft solche Attacken und Belästigungen« gegeben habe, wie sie auf [www.gloria.tv](http://www.gloria.tv) zu sehen sind. Der niederösterreichische Rechtsanwalt Alfons Adam hat »wegen ähnlicher Vorfälle vor der Abtreibungsklinik Gynmed im Sommer 2006« eine Klage eingebracht. Die Angeklagten P. und S. (Namen der Red. bekannt) werden beschuldigt, Lebensschützer grob beschimpft und sexuell belästigt zu haben. Eine von Adam dem Bezirksgericht übermittelte Tonbandabschrift, die wiedergeben soll, was der Beschuldigte S. gegenüber dem Lebensschützer und Kläger B. äußerte, besteht fast ausschließlich aus Obszönitäten und Blasphemien.